

Protokolleintrag vom 25.02.2009

2009/79

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 25.2.2009: Finanzplatz Zürich

Banknotrecht - wo bleibt der Rechtsstaat?

Oder: der Rechtsstaat gilt auch für ausländische Betrüger.

Ja, wir GRÜNEN waren dem geltenden Bankgeheimnis gegenüber immer schon kritisch eingestellt. Wenn andere vom Bankkundengeheimnis sprachen, nannten wir es Steuerhinterziehungsgeheimnis. Und haben schon lange politisch klar gemacht, dass wir für ein funktionierendes Rechtshilfeverfahren auch bei Steuerhinterziehung sind.

Umso mehr sind auch wir absolut schockiert über die Art und Weise, wie rechtsstaatliche Abläufe beim Deal zwischen USA und UBS mit Billigung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA ausser Kraft gesetzt wurden. Immerhin geht es laut Bundesrat Merz in den etwa 300 Fällen um Verdacht auf Steuerbetrug. Kein Grund also, den Rechtsstaat ausser Kraft zu setzen, der dies in der Schweiz wie in den USA unter Strafe stellt!

Wir halten fest: Wenn statt dem Recht im Zusammenhang mit den Banken nun offenbar regelmässig vom Bundesrat auf sogenanntes Notrecht zurückgegriffen wird – Stichwort UBS-Rettung und Bankgeheimnisdeal - dann ist unser Rechtsstaat in Gefahr.

Die bürgerliche politische Mehrheit in diesem Land einerseits und die Verantwortlichen in den Banken andererseits haben es während Jahren verpasst, ihre Verantwortung wahrzunehmen und zu einem politisch, finanziell und gesamtwirtschaftlich planbaren und verantwortungsvollen Abbau des Steuerhinterziehungsgeheimnisses Hand zu bieten. So haben sie unseren Bankenplatz und den Rechtsstaat Schweiz erpressbar gemacht.

Darum tragen sie jetzt die volle Verantwortung. Die Verantwortung einerseits für die Verlüderung des Rechtsstaats beim handstreichartigen und weder juristisch noch demokratisch sanktionierten faktischen Abriss des Bankgeheimnisses. Die Verantwortung andererseits aber auch für die gravierenden gesamtwirtschaftlichen Folgen, die diese panikartige Entwicklung mit offensichtlich sträflich unvorbereiteten Banken für die ganze Schweiz, insbesondere aber auch für den Finanzplatz Zürich nach sich ziehen dürfte.